

01.06.2016 - «Jetzt schlägt's 13!»

23 Aktionen gegen Horror-Jobs und Union Buster

*von Jessica Reissner**

Bürgerrechtler und Gewerkschaftler protestierten am Schwarzen Freitag, dem 13.Mai 2016, in 14 deutschen Städten gegen Ausbeutung und Streikbrecherprämien bei Toys»R»Us. Hinzu kamen Protestaktionen gegen McKinsey (Köln), die Malteser (Köln und Duisburg) und die Median-Kliniken (an sechs Standorten).

Die Beschäftigten bei Toys»R»Us kämpfen seit 2015 für einen Tarifvertrag. Die meisten von ihnen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit und mit befristeten Verträgen. Der Stundenlohn liegt nur knapp über dem gesetzlichen Mindestlohn. Auf Streiks reagierte Toys»R»Us mit Abmahnungen und der Zahlung von Streikbruchprämien bis zu 200 Euro pro Streiktag.

Der Spielwarenhändler und McKinsey waren als Gewinner aus einer Abstimmung von Lesern des Blogs der «aktion ./ arbeidsunrecht» hervorgegangen. McKinsey war für zahllose Umstrukturierungen nach dem Motto «Mehr Gewinn mit weniger Personal» nominiert worden. Die Malteser und die Median-Kliniken dagegen rückten, ganz im Sinne des Aktionstags, eher unversehens in den Fokus der Aktivisten.

Die Malteser produzierten während der Mobilisierungsphase einen handfesten Skandal, indem sie unliebsame Berichterstattung mit Hilfe der Promimedienkanzlei «Redeker Sellner Dahs» unterdrücken wollten. Bei der Malta Clean & Service GmbH, einer Servicegesellschaft der Malteser Rhein-Ruhr, waren bulgarische Reinigungskräfte massiv ausgebeutet worden. Anstatt aufzuklären, bedrohte der angeblich gemeinnützige Verein den zuständigen Gewerkschaftssekretär mit einem Ordnungsgeld von 250000 Euro. In der Folge formierten sich spontan Zusammenschlüsse von Aktivistengruppen, um an und in der Malteser-Zentrale in Köln und am St.Anna-Krankenhaus in Duisburg zu protestieren.

Bei den Median-Kliniken (Teil der Median-Gruppe und einer der größten Reha-Anbieter Deutschlands) hat Ver.di den Schwung des Aktionstags genutzt und in sechs Häusern zur aktiven Mittagspause aufgerufen. Auch hier kämpfen die Beschäftigten für einen neuen Tarifvertrag. Der niederländische Investor Waterland hat den Konzerntarifvertrag zum 30.April 2016 gekündigt und verweigerte Ver.di bislang weitere Gespräche.

Die Unterstützer des Aktionstags waren bundesweit aufgerufen, sich für den 13. Mai in selbständigen Solidaritätskomitees zu organisieren. In einigen Städten haben diese Ad-hoc-Bündnisse hervorragend funktioniert. Hier nahmen neben Gewerkschaftern auch Beschäftigte von Toys»R»Us und anderen Tarifflicht-Unternehmen wie Real und XXXL sowie Vertreter von Parteien teil.

Anders als beim letzten Aktionstag, als der Kleiderdiscounter Kik im Mittelpunkt stand, sollten mit den Protesten weniger die Kunden erreicht werden. Das verhindert Toys»R»Us schon durch die unattraktive Lage der meisten seiner Filialen in hässlichen Stadtrandgebieten. Im Mittelpunkt stand die Solidarität mit den Beschäftigten und ein Signal an das Management. Beides ist gelungen. Während ein großer Teil der Belegschaft hoch erfreut über die Aktivitäten der Bürgerrechtler war, reagierte Toys»R»Us schon fast lächerlich. Für den Aktionstag hatte das Unternehmen eigens einen verstärkten Sicherheitsdienst gebucht. Trotzdem gelang es den Aktivisten in den meisten Städten, Kontakt zu Beschäftigten aufzunehmen und in den Filialen Kundeninformationen zu hinterlassen.

Ein Novum war, dass die Gewerkschaft Ver.di ihre Mitglieder aufgefordert hat, den Aktionstag einer anderen Organisation zu unterstützen und sogar eigene Pressemeldungen dazu herausgab. Einige Toys»R»Us Beschäftigten hätten sich sogar noch mehr Einsatz gewünscht und forderten an, Aktionstag streiken zu dürfen.

McKinsey als Angriffsziel wurde überhaupt nicht angenommen. Das Kalkül, dass Beschäftigte der Deutschen Post die Gelegenheit nutzen würden, ihre Wut über die Gründung von 49 Post-Delivery-Gesellschaften zu äußern, ging nicht auf.

Die Initiative «aktion ./ . arbeitsunrecht» hat mit dem 13. Mai zum dritten Mal zu Protestaktionen gegen Horror-Jobs und Union Buster an einem Freitag, dem 13., aufgerufen. Beim vierten Schwarzen Freitag wird das Auswahlverfahren einfacher sein. Außerdem soll es neben Protesten mehr Flashmobs und andere unerwartete Aktionen geben. Der nächste Schwarze Freitag findet am 13. Januar 2017 statt.

* arbeitsunrecht.de